

Leipzig, 02.09.2009

Sehr geehrte Frau Krüger,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 21. August 2009. Zu den darin aufgeworfenen Fragen möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

1. Jede Gesellschaft kann den Ausgleich zwischen älteren und jüngeren Menschen nur über einen Generationenvertrag organisieren, egal auf welcher technischen Grundlage, Umlage- oder Kapitaldeckungsverfahren, der Ausgleich dann erfolgt. Oder einfacher gesagt, die gerade erwerbstätige Generation muss die Rente für die nicht mehr erwerbstätige Generation erwirtschaften. Leider wird von den konservativen Kräften der Begriff der „Generationengerechtigkeit“ seit Jahren bemüht, um den irrigen Nachweis zu erbringen, dass Alte immer mehr auf Kosten der Jungen leben würden. Selbst Altbundespräsident Roman Herzog war sich nicht zu schade, das Gespenst einer aufkommenden „Rentnerdemokratie“ an die Wand zu malen. Und dann wörtlich: „Das könnte am Ende in die Richtung gehen, dass die Älteren die Jüngeren ausplündern.“ Dies ist eine bössartige Scheindebatte. Man muss den Menschen klarmachen, dass sich die Frage nach Gerechtigkeit nicht global zwischen den Generationen beantwortet, sondern nur innerhalb der jeweiligen Generation. Deshalb fordere ich eine Verteilungsgerechtigkeit des volkswirtschaftlich erwirtschafteten Reichtums.

2. Ehrenamtliche Tätigkeit ist ein wichtiger Faktor des sozialen Zusammenhalts einer Gesellschaft. Ohne die vielen Menschen, die sich für soziale und kulturelle, für politische wie für zivilgesellschaftliche Belange engagieren – übrigens unabhängig vom Alter – wäre unser Gemeinwesen um ein vielfaches ärmer. Insofern trete ich dafür ein, dass die Vereine, Verbände und Organisationen auch weiterhin so weit von staatlicher Seite unterstützt werden, dass sie in der Lage sind, ihre wichtigen Aufgaben zu erledigen. Weiterhin ist dafür zu sorgen, dass die Menschen, die sich im Ehrenamt engagieren, zumindest eine kostendeckende Aufwandsentschädigung erhalten.

3. Als jemand, der den Bürgerentscheid gegen die Privatisierung der kommunalen Unternehmen mit organisiert hat, stehe ich natürlich für eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung und der Mitspracherechte. Konkret könnte ich mir vorstellen, dass im Bereich der Seniorenarbeit der Seniorenbeirat der Stadt Leipzig in den Ausschüssen des Leipziger Stadtrats eine beratende Funktion erhält.

4. Die Fraktion der Partei DIE LINKE im Bundestag hat ja erst vor kurzem 17 Gesetzentwürfe in den Bundestag zur Angleichung der Rente West und Ost eingebracht, und auch dafür gesorgt, dass über jeden einzelnen Antrag namentlich abgestimmt wurde. Natürlich unterstütze ich auch als parteiloser Kandidat für DIE LINKE diese Gesetzesinitiativen. Übrigens gibt es in der Geschäftsstelle der Leipziger LINKE eine Übersicht über die 17 Gesetzentwürfe und eine Übersicht, wie die einzelnen sächsischen Abgeordneten des Bundestages in namentlicher Abstimmung über diese 17 Gesetzesinitiativen abgestimmt haben.

5. Auch zu dieser Frage hat die LINKE ein ganzes Bündel an Maßnahmen vorgeschlagen, die der zunehmenden Altersarmut entgegenwirken sollen. Dazu zählen unter anderem die Wiedereinführung der „alten“ Rentenformel und das Zurücknehmen von Nachhaltigkeitsfaktor, Riesterfaktor und Nachholfaktor, da all diese Faktoren zur

Absenkung der Rente geführt haben. Weiterhin wird gemeinsam mit einigen Sozialverbänden und Gewerkschaften gefordert, den Übergang zu einer Erwerbstätigenversicherung zu vollziehen. Darin sollen sämtliche Erwerbseinkommen berücksichtigt werden, wobei die Beitragsbemessungsgrenze schrittweise abgeschafft wird, die Rentenansprüche aber gedeckelt werden (Schweizer Modell). Weiterhin kann einer ausufernden Altersarmut nur begegnet werden, wenn die Erwerbstätigen auch über ein ausreichendes Einkommen verfügen, um entsprechende Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen zu können, ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn ist in diesem Zusammenhang unentbehrlich. Die Privatisierung der Rente muss rückgängig gemacht werden und stattdessen brauchen wir eine Rückkehr zu einer am Gemeinwohl orientierten Politik auch im Bereich der Altersvorsorge. Dies geht aus meiner Sicht nur durch EINE gesetzliche Rentenversicherung in die auch alle einzahlen.

Dies sind nur die wichtigsten einer ganzen Reihe von Vorschlägen, die von mir mit unterstützt werden, um die Rente „armutsfest“ zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Mike Nagler

Mike Nagler  
Körnerplatz 8  
04107 Leipzig

Mob: 0179 - 96 19 584  
@ : [mnle@gmx.net](mailto:mnle@gmx.net)

[www.mike-nagler.de](http://www.mike-nagler.de)